

SO SEHE ICH DAS,  
HERR TETTAMANTIDie Schweiz  
ist gespaltenWarum sich der Unternehmer  
JOBST WAGNER politisch engagiert

Es freut mich zu lesen, dass sich Dr. Tiro Tettamanti mit »Vorteil Schweiz« beschäftigt. Und sich fragt, welche Ziele und Motivationen der Verein hat und ob wir einen EU-Beitritt der Schweiz anstreben (ZEIT Nr. 25/15). Zuallererst: In einem fundamentalen Punkt sind wir uns einig. Eine gelebte Debatte ist die Essenz für eine funktionierende Demokratie. Und diese Debatte zu fördern, ist das oberste Ziel aller meiner Bestrebungen. Die Frage, wie unabhängig die Schweiz bleiben soll, muss Teil dieser Debatte sein. Ebenso, ob unser Land eines Tages den Euro übernehmen oder sogar einen EU-Beitritt in Erwägung ziehen soll. Für den Verein »Vorteil Schweiz« ist weder das eine noch das andere ein Ziel.

Warum ich mich mit Geld, aber auch mit Zeit und Energie für den Dialog einsetze? Als Schweizer Unternehmer stelle ich eine große gesellschaftliche und wirtschaftliche Verunsicherung fest. Innerhalb weniger Jahre wurde an vielen Säulen, die bis anhin für den Erfolg unseres Landes standen, gesägt oder zumindest gerüttelt: Rechtssicherheit, Diskretion (Bankkundengeheimnis), gesellschaftlicher Zusammenhalt oder das Miliz- und Konsensprinzip. Gleichzeitig herrscht im Politbetrieb der Regulierungswahn. Nicht zu vergessen die SVP, die zwar den größten Wähleranteil, aber nur einen Sitz im Bundesrat hat und sich so in die Opposition gedrängt sieht.

Unternehmer  
Jobst Wagner

Ja, die Schweiz ist ein gespaltenes und seiner Politik unsicher gewordenes Land. Das widerspiegelt sich in der jüngsten Kampagne von Economiesuisse und dem Arbeitgeberverband, die der zunehmenden Professionalisierung des Parlaments den Kampf ansagen. Ihr Ruf: Mehr Wirtschaftsvertreter in der Politik!

Im Herbst wird gewählt. Ich setze mich dafür ein, dass wir wieder eine gemeinsame Sprache finden. Dass wir wissen, wohin wir gehen wollen. Dass wir innovative Ideen für die Schweiz entwickeln – und endlich aufhören, den Franken Peter reichum zu geben.

Der Fokus meines Engagements liegt bei der Stiftung Strategiedialog 21, die ich vor zwei Jahren initiiert habe. Unter dem Leitsatz »Bespärg die Schweiz von morgen« stoßen wir – fernab von Parteibüchern – sachlich-kreative Debatten zu wichtigen innenpolitischen Fragen an. Egal, ob Bildung, Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft oder Technologie: Wir wollen eine Schweiz, die auf Glaubwürdigkeit, Freiheit, Verantwortung, Pioniergeist und Mut baut und sich stetig weiterentwickelt.

Als Unternehmer liegt mir auch eine wettbewerbsfähige, international orientierte Wirtschaft am Herzen. Dazu gehören Freihandelsabkommen, wie sie die Schweiz mit vielen Ländern abgeschlossen hat, und die bilateralen Verträge mit der EU. Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gilt es, Lösungen zu finden, die unsere Wirtschaft, Bildung und die Energiepolitik nicht weiter in Gefahr bringen. Und auch Antworten auf die Migrationsfrage geben.

Die Politik tut sich schwer damit, die nun dringende Debatte zum Verhältnis der Schweiz zu Europa zu führen. Den Verein »Vorteil Schweiz« unterstütze ich, weil er sich zum Ziel gesetzt hat, diese außenpolitische Diskussion parteineutral zu führen. Mit einer Anschubfinanzierung von Hansjörg Wyss und mir, die allerdings weit tiefer liegt als die Millionen, die in den Medien behandelt werden. Wir engagieren uns gemeinsam mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Sport, Kultur, Bildung und Politik.

Der wichtigste Termin, das ist schon heute klar, wird jener Wahlsonntag sein, an dem wir an der Urne über unser Verhältnis zu Europa befinden müssen. Bis dahin will »Vorteil Schweiz« ein neues Bewusstsein für eine international vernetzte, weltoffene und wettbewerbsfähige Schweiz schaffen. Aufzeigen, wie fundamental ein geregeltes Verhältnis zu Europa für unser Land ist: die bilateralen Verträge, das Völkerrecht, die Menschenrechte und damit die Rechtssicherheit für uns alle. Mit sachlichen Debatten will der Verein die Bürger dafür sensibilisieren, mit besonderem Blick auf die junge Generation.

In diesem Sinne: Willkommen zum Dialog, Herr Tettamanti!

## Wirtschaft

## stoto

Die

## Schweizer

... das Wort  
»Rezession« macht  
die Runde.  
Doch alle  
bleiben ruhig.  
Wieso eigentlich?

VON MATTHIAS DAUM

Die Frau gibt nicht nach. Auf Twitter, im Fernsehen. Egal, um welches Thema es tatsächlich geht: Susanne Leutenegger Oberholzer, SP-Nationalrätin aus Basel-Land, trommelt gegen die Nationalbank (SNB). Gegen deren Entscheid, den diese vor bald einem halben Jahr fällte: die Aufhebung des Euro-Mindestkurses von 1,20 Franken.

Eine Währungsfrage kennt drei Stadien: Erst kommt die Schockstarre, dann der Aktionismus. Und schließlich schlägt der neue Wechselkurs auf die Wirtschaft durch. In dieser Phase befindet sich die Schweiz. Der überbewertete Franken hinterlässt seine ersten Spuren in den Buchhaltungen und Statistiken.

Und trotzdem herrscht in der Schweiz keine Panik. Woher also kommt diese Gelassenheit?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte im ersten Quartal dieses Jahres um 0,2 Prozent, so berechnete es das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Die Exporte aus der Schweiz ins Ausland gingen im April um 5,1 Prozent zurück, so steht es in der Außenhandelsstatistik der Eidgenössischen Zollverwaltung. Die Industrie müsse bis Ende Jahr 30 000 Stellen streichen, sagt Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt in Interviews. Der ETH-Konjunkturexperte Jan-Egbert Sturm spricht gar von 40 000 Jobs, die akut gefährdet seien. Gewerkschafter warnen bereits vor einer Deindustrialisierung der Schweiz. Sie erinnern an die neunziger Jahre, als schon einmal ein SNB-Präsident zum »Jobkiller« geworden sei. Und Leutenegger Oberholzer, die linke Wirtschaftspolitikerin, warnt: »Der Schweiz droht eine Rezession.«

Als die Nationalbank am 15. Januar um 10.30 Uhr den Franken von der Leine ließ, da war innert Minuten klar: Das wird hart. Für die Unternehmen, für die Angestellten. Für die Exportwirtschaft, für den Tourismus, die schlagartig um 15 Prozent teurer wurden als ihre Konkurrenz. Ja, der Wechselkurs ist eine Schicksalsgröße für ein Land, das seine Güter und Dienstleistungen zur Hälfte aus dem Ausland bezieht und mehr als die Hälfte seiner Wirtschaftsleistung wieder ausführt.

In diesen chaotischen Januartagen erinnerte die Schweiz ein wenig an das Griechenland von heute. Menschen standen in langen Schlangen vor Bancomaten und wollten Geld abheben. So lange, bis die Bestände erschöpft waren. Das Onlinebanking brach unter dem virtuellen Ansturm zusammen. Großbanken unterbrachen den Devisenhandel.

Doch bald kehrte wieder Ruhe ein. Und das ist das wirklich Erstaunliche an diesem »Francageddon«: wie sich die Bevölkerung der Schweiz nicht kire machen lässt von dem, was da noch kommen mag. Wie die Wirtschaftsführer zwar ächzen und murren, aber trotzdem hinter dem SNB-Entscheid stehen. Oder es zumindest bei unkonzertierten Sololäufen belassen. Und wie, abgesehen von einigen Linken, keine Politiker die Nationalbank attackieren – immerhin befinden wir uns in einem Wahljahr.

Woher aber kommt diese relative Gelassenheit?

Eine Erklärung lautet: Übung macht den Meister. Die Schweizer und ihre Wirtschaft haben jahrzehntelange Routine mit einer starken Währung. Oder

wie der ehemalige UBS-Chefhistoriker Robert U. Vogler 2011, kurz bevor die SNB den Mindestkurs einführt, gegenüber der ZEIT erklärte: »Der Franken ist nicht nur stabil, er ist auch in der Langzeitbetrachtung die härteste Währung der Welt.« Sie sei, wie der Ökonom Thomas Straubhaar mal sagte, eine Peitsche, die zur Anpassung zwingt. Ja, die in den Toasts von CEOs und den Reden von Wirtschaftspolitikern tausendfach abgefeierte Anpassungsfähigkeit des Standorts Schweiz zeigt sich in diesen Monaten: Firmen lassen ihre Arbeitnehmer zum selben Lohn länger arbeiten, Abläufe werden automatisiert, das Sortiment wird angepasst.

Bei aller Abhängigkeit:  
Machtlos ist die Schweiz nicht

Vergangene Woche in Bern. SNB-Präsident Thomas Jordan tritt vor die Medien. Geldpolitische Lagebeurteilung nennt sich das. Viermal im Jahr findet sie statt. Gewohnt nüchtern, wie es sich für einen Zentralbanker gehört, sagt Jordan: »Insgesamt ist der Schweizer Franken deutlich überbewertet.« Aber die SNB hält unverändert an ihrer Politik fest: Negativzinsen sollen den Franken schwächen. Will heißen: Banken müssen 0,75 Prozent Zinsen bezahlen für ihre Guthaben auf den Girokonten, die sie bei der Nationalbank haben und die einen bestimmten Freibetrag übersteigen.

Trotzdem hat der Franken seit Januar gegenüber dem Euro um 13 Prozent zugelegt, 11 Prozent gegenüber dem US-Dollar. Die Schweiz wird also weiter mit ihrer starken Währung leben müssen. Und in Finanzkreisen werden die Stimmen lauter, die warnen: Negativzinsen hätten unanschauliche Folgen für die Altersvorsorge. Oder wie es der UBS-Chefökonom formuliert: »Wir fahren das ganze System an die Wand.«

Aber SNB-Präsident Jordan sagte an diesem Donnerstagmorgen eben auch noch etwas anderes: »Für das gesamte Jahr 2015 rechnen wir weiterhin mit einem Wachstum von knapp 1 Prozent.«

Der Blick in die Zukunft – er ist der andere Grund für die helvetische Gelassenheit in diesen kribbeligen Zeiten:

Die Ökonomen im Seco sehen ein BIP-Wachstum von 0,8 Prozent bis Ende Jahr. Die Konjunkturforscher von BAK Basel Economics eines von 0,6 Prozent. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH eines von 0,4 Prozent. Das ist zwar weniger Wachstum, als man Anfang des Jahres gedacht hatte. In den einen oder anderen Prognosen werden denn auch die Lehrbuchbedingungen für eine Rezession erfüllt: also dass in zwei Quartalen

die Wachstumszahlen im Minus sind. Aber es ist nicht die Bauchlandung, vor der sich am 15. Januar hierzulande alle fürchteten. Und auch nicht das, was die Bilanz auf ihre aktuelle Titelseite hämmerte: Die Rezession ist da.

Die Prognostiker vertrauen darauf, dass in den USA sowie in Europa die Konjunktur weiter anzieht. Sie setzen ebenso auf die robuste Nachfrage im Inland wie auf den niedrigen Ölpreis. Und auf eine baldige Lösung im Griechenland-Drama.

Die Frankenstärke lehrt also vor allem eins: wie abhängig die Schweiz vom Ausland ist. Sie führt dem Land seine enge Vernetzung mit Europa und der Welt vor Augen – und wie beschränkt die Kraft seiner Geldpolitik ist. Trotz eigener Währung.

Doch machtlos ist die Schweiz nicht. Im Gegenteil. Die Lösungen für die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen liegen in ihrer Hand.

Zum Beispiel Europa. Spätestens Ende November 2016 wird das Volk darüber befinden, wie die Masseneinwanderungsinitiative der SVP umgesetzt werden soll. Die Schweizer werden sich entscheiden müssen: Wollen sie die bilateralen Verträge mit der EU noch – oder nicht? Jene Abkommen also, denen das Land seinen Wirtschaftsboom in den letzten Jahren verdankt – und dessen Polster nun den Frankenschock abfedern. Selbst Christoph Blocher mahnte nach dem 15. Januar, man müsse dem Währungssystem vertrauen, das werde sich langfristig wieder einpendeln. Wieso soll das bei der von ihm so gefürchteten »Masseneinwanderung« anders sein?

Oder die Altersvorsorge. Es liegt an der Politik, also schließlich am Volk, dass AHV und berufliche Vorsorge, die erste und die zweite Säule, nicht in sich zusammenkrachen. Noch stehen sich Linke und Bürgerliche unversöhnlich gegen-

über. Die einen beharren darauf, einst gemachte Versprechen einzuhalten. Oder sie fordern sogar einen Rentenausbau, egal, wie mickrige Zinsen die Anlagen heute abwerten. Die anderen wollen die Mammutvorlage zerlegen – und riskieren damit, eins ums andere Mal in Volksabstimmungen zu scheitern.

Die Wirtschaft stottert, die Firmen leiden, und Tausende werden ihren Job verlieren. Wegen des starken Frankens. Das ist hart. Sehr hart. Doch dass aus der Konjunktur kein Rezessionsjammertal wird, das ist nicht nur eine Frage des Währungsschicksals. Sondern auch eine des politischen Willens.

## Der Mann, der Steuer-CDs verkaufte

Der ehemalige Banker Lutz Otte erzählt erstmals, wie er Bankdaten von Julius Bär an den deutschen Fiskus verkaufte  
Wirtschaft, Seite 26